

WBS und Grüne wehren sich gegen SPD-Kritik

Kein Beschluss, Museum zu schließen – Sperrvermerk lediglich vorübergehend gedacht

Bad Schwartau. Auch WBS und Grüne wollen den Vorwurf der SPD, sie hätten die Schließung des Museums mitverantworten, nicht auf sich sitzen lassen. Unabhängig von der Wiederbesetzungssperre des Museumsleiters habe es nie einen Beschluss zur Schließung gegeben.

„Natürlich sollte der Museumsbetrieb unabhängig von der Neubesetzung des Museumsleiterpostens wie gehabt, auch gerade für die Theater und sonstigen Aufführungen weiterlaufen“, heißt es in einer von Ka-



Kathrin Faasch



Jörg-Reiner Zacharias

thrin Faasch (Bündnis 90/ Die Grünen) und Jörg-Reiner Zacharias (WBS) unterschrieben Pressemitteilung. Auch hätten WBS und Grüne bereits in der Fi-

nanzausschusssitzung im November 2017 gegen den Verwaltungsvorschlag gestimmt, Inventar des Museums anderweitig (konkret im Bahnhof) einzulagern. Die Verwaltung hatte für die Auslagerung 80 000 Euro in der Haushaltssatzung beantragt, Begründung „Schließung des Museums“. „Dieser Vorlage hatte die SPD als einzige Fraktion zugestimmt. Die anderen Fraktionen hatten eine neue Vorlage zur anstehenden Stadtverordnetenversammlung gefordert“, heißt es in dem Schreiben.

Aufgrund der Einwände der anderen Parteien, dass der kulturelle Betrieb im Museum in jedem Falle aufrecht zu erhalten sei, sei diese Begründung aus dem Haushalt gestrichen worden.

In der Stadtverordnetenversammlung im Dezember sei es im Zuge der Haushaltskonsolidierung lediglich um einen Sperrvermerk auf der Museumsleiterstelle gegangen. „Erst sollte eine mittelfristige Personalplanung und eine Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung eingerichtet werden“, erklären

Kathrin Faasch und Jörg-Reiner Zacharias.

Die Fraktionen von Grünen und WBS hoffen, „dass dieses Freund-Feind-Lagerdenken nicht den politischen Alltag der nächsten Monate bestimmen wird“. Gerade in Zeiten zunehmender Aufgabenfelder bei schwindenden Haushaltsmitteln seien alle Akteure gefragt ihre vorhandenen Kapazitäten in den Dienst der Lösung von Problemen zu stellen, heißt es in der Mitteilung.